

Aussagen der Fach-Expert*innen - Erwachsene

1. Medizinisch, psychologischer und psychiatrischer Bereich

Frau Dr. Haus

Fachärztin für Kinderheilkunde und Jugendmedizin, 1. Vorsitzende Pädiatisches Netz München

Ging die erste und zweite Welle noch irgendwie so vorüber, so hat die dritte Welle jetzt dafür gesorgt, dass wir Tag für Tag Jugendliche und Kinder in großer Not sehen. Dazu möchte ich Ihnen in ein Stimmungsbild aus meiner Praxis schildern.

- Wir sehen die jungen Mütter mit ihrem ersten Kind und wie sie zum Teil völlig überfordert sind. Denn es gibt die Krabbelgruppen nicht mehr oder in Zeiten der Lockerungen zu wenige davon. Hier kann ich einen ganz, kleinen positiven Aspekt geben. Am 5.7 startet in München als Pilotprojekt „U Null“, wo wir Mütter bereits im Vorfeld der Überforderung sehen können. Das soll so ein erster heißer Tropfen oder ein Tropfen auf den heißen Stein sein, um letztendlich die Eltern-Kompetenz voranzubringen.
- Dann haben wir große Probleme mit den kleinen Kindern. Insbesondere mit den Kleinkindern unter drei Jahren, deren Eltern keinen deutschen Sprachhintergrund haben. Sie werden keine Möglichkeit mehr haben, den frühen Spracherwerb nachzuholen. Wir sehen diese Kinder, sie kommen jetzt in den Kindergarten oder haben - noch schlimmer - keinen Kindergartenplatz. Und diese Kinder sollen dann später in die Schule gehen.
- Tag für Tag haben wir Eltern, die kommen und ein Logopädie Rezept wollen. Aber ein Spracherwerb mit einer Stunde Logopädie in der Woche ist nicht möglich. Meine Damen und Herren, wir brauchen dringend frühe Sprachkonzepte und die brauchen wir flächendeckend. Wir brauchen auch unbedingt diesen Fokus Deutsch, der ja in der Corona-Welle jetzt deutlich reduziert bis gar nicht angeboten worden ist. Kinder, die sich nicht ausdrücken können, Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen oder auch nicht mal ansatzweise können, sind von der Teilhabe komplett ausgeschlossen. Bitte helfen Sie mit. Das ist ein ganz, ganz großes Anliegen. Ich habe so viele Kinder, die dieses Hilfe bräuchten. In 139 Praxen (mit meiner Praxis) könnten wir derzeit sämtliche Hilfsangebote, die wir hier in München haben, mühelos an einem Tag belegen.
- Schulkinder, die eben kein technik-affines Elternhaus haben. Eltern, die sich für fünf Euro bei Aldi die Prepaid-Karte kaufen, um einen Zugang zum Internet wenigstens mal für paar Minuten zu haben – deren Kinder haben den Anschluss verloren. Diese Kinder wollen doch gar nicht mehr in die Schule gehen, weil sie nicht mehr teilhaben und sich dort nicht mehr wahrgenommen fühlen.
- Der neue Gruß an Schulen: Ein Schulkind steht da. Das* nächste kommt und springt dem Jugendlichen mal eben in die Seite. Wir sehen Gewalt, wir sehen eigene Verletzungen. Was früher mal einmal pro Monat behandelt wurde, habe ich jetzt jeden Tag in der Praxis.
- Kinder und Jugendliche, die sich treffen und dann mal schnell Schnitte machen, weil sie es cool finden. Wir brauchen Angebote der Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychiatrie, der Psychosomatik. Wir brauchen Angebote, niederschwellige Angebote, mit schnellem

Zugang. Und wir brauchen vor allem das Offenhalten und das wieder Öffnen der Schulen und der Kitas.

- Wir wissen, dass in München die Ansteckung nicht von den Kindern zu den Kindern gelaufen ist, sondern in der Regel von Erwachsenen eingebracht worden ist. Das heißt, wir müssen die Erwachsenen impfen. Wir müssen die Lehrer*innen impfen. Wir müssen die Erzieher*innen impfen. Wir müssen aber auch das Putzpersonal* impfen. Also alle, die in diesen Einrichtungen arbeiten. Und wir brauchen Sicherheits- und Lüftungskonzepte. Was bitte spricht dagegen, dass alle 20 Minuten der Gong bimmelt und dann stehen alle Kinder* bzw. Jugendlichen* auf und es werden die Fenster aufgerissen. Bitte lassen Sie uns das machen! Das findet in München nicht statt. Also, da möchte ich Sie bitten, mitzuhelfen, damit alle Kinder in München ihren Anschluss bekommen.

Frau Dr. Sobanski

München Klinik Schwabing; Klinik für Kinder- und Jugendpsychosomatik

Ich würde mein Statement gerne mit einem Satz einer Jugendlichen überschreiben. Sie kam letzte Woche zum Vorgespräch in die Station für Essstörungen und sie sagte: „Wissen Sie, es gibt im Moment gar keinen Grund, dass wir uns zusammenreißen.“ Ich finde, dieser Satz, der so viel Hoffnungslosigkeit und Strukturlosigkeit ausdrückt, umschreibt ganz viel von dem, was ich jetzt sagen will.

Ich arbeite in der Psychosomatik und bin damit sowohl auf der psychotherapeutischen Ebene als auch als Kinderärztin unterwegs. Und ich gehe in Konzile in der Kinderklinik, der Kinderchirurgie und der Gynäkologie. Ich bin tief betroffen von dem, was da jetzt auf uns zukommt und was angesichts unserer Wartezeiten, die teilweise ein halbes bis dreiviertel Jahr ausweisen, nicht mal ansatzweise aufgegriffen werden kann:

- Psychische Störungen werden inzwischen (als ganz neuer und eigentlich schrecklicher Ausdruck) als die „neue Morbidität“ bezeichnet. Für die, die ausschließlich wirtschaftlich denken, sind die psychischen Störungen der Gegenwart ein Prädiktor für lebenslange Teilhabe-Beeinträchtigungen, die uns finanziell auf die Füße fallen werden. Genau so wie die jungen Menschen, die wir jetzt gerade vielleicht nicht genügend abholen.
- Therapeuten denken systemisch, das heißt, ich möchte gar nicht nur über die Kinder und Jugendlichen im Moment reden, sondern vor allem auch über die gesamte Familie. Denn nur wenn wir die Familie als Gesamtheit abholen, generieren wir einen ausreichenden Schutzfaktor. Wir haben es in der Gynäkologie erlebt: Sehr junge Mütter, aber auch Frauen die erst mit 40 Jahren durch eine Kinderwunschbehandlung ihre Kinder kriegen, entwickeln Probleme mit dem System der Maske und dem „verschleiert“ sein, es fehlt die direkte Reaktion, der Blick zur Hebamme, das Gehalten werden. Sie entwickeln Probleme, die wenn sie nicht aktiv aufgegriffen werden, zu Problemen der Babys werden - hier Regulationsstörungen. Das macht nochmal deutlich, wie viel zwischen Eltern und Kind passiert.
- Wir sehen die Problemlagen bei Kindern und Jugendlichen:
 - SchulverweigererEine häufige Konfliktgruppe unter den Schülern sind „die Ängstlichen in/mit sozialen Gruppen“, die sich natürlich sehr gefreut haben, als es in den digitalen Unterricht

ging. Und als zu Beginn ein Kollege von mir sagte: „Du, ich hab nur noch die halbe Therapieplatz-Besetzung, denen geht es viel besser so“, war er glücklich. Ich, durch die Arbeit mit den Schulverweigerern, war überhaupt nicht glücklich. Das zeigt sich genau jetzt, weil wir die Kinder nach einem Jahr digitalem Unterricht nicht mehr in die Schule kriegen. Denen ging es super daheim. Aber - wie sollen wir die jetzt abholen?

Eine weitere Gruppe sind die Schulphobiker. Das sind trennungsängstliche Kinder, die aber nicht selber das Problem haben, sondern das Problem liegt im familiären Umfeld und die Kinder haben einen Auftrag, der sie daheim bindet:

Das sind depressive Eltern, Eltern mit massiven Beziehungskrisen, suchtkranke Eltern, die so viel an Bedürftigkeit ausstrahlen, dass deren Kinder eben nicht mehr bis in die Schule kommen. Wir „doktern“ an den Symptomen der Kindern herum, aber das Problem liegt im Elternhaus und das dürfen wir nicht vergessen.

Zudem haben wir natürlich die Erkrankungen bei den Jugendlichen selbst, die durch Corona verstärkt oder direkt erst ausgelöst wurden. Ich möchte in der Kürze der Zeit, nicht bekannte Daten wiederholen, wenn ich Angststörungen, Depressionen, Essstörungen et cetera, die wir deutlich vermehrt sehen, aufzähle.

Wir haben aber auch ganz viel körperliche, sogenannte psychosomatische Störungsbilder. Somatische Störungen mit Kopf- und Bauchschmerzen als eigene Störungsbilder auf Angst und Stress haben deutlich zugenommen.

- Aber wir haben auch Adipositas, das Übergewicht, was immens zugenommen hat. Das kennt jeder von uns, der im Home-Office saß. Und damit haben wir aber Kinder, die mit einer hohen Stigmatisierungsneigung nicht unbedingt gut abgeholt werden können. Wir haben schon immer Probleme mit der Therapie der Adipositas, da es auch hier nicht nur um die Kinder geht, sondern um die gesamte Familie. Die Kinder legen Fettzellen an, damit ein Übergewicht, das wir später durch Diäten und anderes nur noch schwer behandeln können. Und entsprechend haben wir bezüglich der Krankenkassen später Probleme, die an die oben genannte Wirtschaftlichkeit anknüpfen.
- Kinder lernen im sozialen Kontext. Ein ganz schwieriger weiterer Punkt. Die Jugendlichen, die mir schon 2019 - vor der Corona Pandemie - in der Mediengruppe gesagt haben: Sie verlangen wirklich viel von uns, wenn Sie sagen, ich soll mich mit meinem direktem Gegenüber auseinandersetzen, meine Grenzen ziehen. Das mache ich nicht mehr. Ich bin auf Whats-App unterwegs. Ich gebe „like“ und „dislike“ ein und ansonsten kenne ich das gar nicht mehr, was wir hier gerade in der Klinik machen. Diese Jugendlichen haben jetzt mit einem Jahr, in dem sie nur noch digital und allein unterwegs waren, Riesenprobleme entwickelt. Das heißt, die Entwicklung von Mitgefühl, Persönlichkeit, Empathie ist nicht mehr gefördert worden. Ebenso wie der Umgang mit Konflikten und das Lernen von Konfliktbewältigung. Damit haben wir Kinder in den Schulen, die ganz, ganz schwierig werden. Ich habe letzte Woche in der Mittelschule in Freimann einen Vortrag gehalten, das sagt eine Lehrerin: Ich habe sieben Schüler*innen, die eigentlich nicht mehr beschulbar sind in einer Klasse. Das aus einer Schule, die sich hoch interessiert zeigt und die so jemand wie mich da einlädt, um sich fortzubilden, mehr zu verstehen und zu lernen wie man damit pädagogisch umgehen kann.

- Letzter Punkt: Psychisch erkrankte Elternteile
Bereits vor Corona hatten wir 30 Prozent der Eltern, die psychisch erkrankt sind. Die haben wir jetzt immer noch - und nun noch deutlich mehr. Alle Ausprägungen von emotionalen Störungen - das brauche ich jetzt nicht groß zu umreißen. Aber diese Eltern müssen wir abholen und die Angst vor Stigmatisierung ist groß, aber sie verändert die Bindung zu ihren Kindern, deren Beziehungsgestaltung, die Kommunikation in der Familie.
So, zum letzten Punkt:
- Wir können in der Sozialarbeit, in der therapeutischen Arbeit, im ärztlichen Alltag nur interaktiv arbeiten. Dazu brauchen wir genügend Fachleute, die in die Schulen gehen, wie z. B. Sozialarbeiter*innen, aber auch Supervisor*innen, die die Lehrer beraten. Pädagogische und therapeutisch geschulte Fachleute, die direkt vor Ort gehen, die die Schüler „niedrigschwellig“ abholen. Wir hatten letztes Jahr geplant, eine Ambulanz zu gründen und waren von der Stadt auch bezüglich dem Wohnungsausbau in Freiam dafür angefragt worden. Wir hätten die Räume, wir hätten das Konzept, wir hätten das Personal. Es wäre wunderbar, wenn wir dafür aktuell endlich eine Finanzierung kriegen würden. Aber auch, um dann eben direkt in die Schulen zu gehen und die Schulämter zu unterstützen, die Lehrer direkt vor Ort und die Eltern bei Elternabenden abzuholen.

Frau Dr. Reincke

Gesundheitsreferat – Leiterin der Abteilung Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche

Mein Name ist Monika Reincke. Ich bin auch Kinderärztin. Ich arbeite im Gesundheitsreferat und vertrete dieses hier sozusagen. Die aktuelle Situation ist bezogen auf Corona im Moment natürlich viel besser: Die Inzidenz geht zurück. Wir haben den Präsenzunterricht in den Schulen und es sind nach aktuellem Stand zum 14. Juni 2021 nur neun Klassen von insgesamt 785 Klassen geschlossen. Das ist zunächst eine gute Nachricht.

Das Gesundheitsreferat ist für die Umsetzung der Infektionsschutzmaßnahmen zuständig, das ist, wie Sie wissen, eine unserer Hauptaufgaben. Aber natürlich sind wir und da stehe ich besonders dafür im öffentlichen Gesundheitsdienst, auch für das gesunde Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen in München mit zuständig. Und da weiß ich mich auch mit unserer Referentin Frau Zurek einig, der das sehr am Herzen liegt. Ich kann natürlich nur bestätigen, was die beiden Kolleg*innen hier eben gesagt haben. Wir sehen bei unseren eigenen Angeboten auch eine deutliche Zunahme an Beratungsbedarf. Gerade in der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle, die die Stadt München in der Schwanthaler Straße anbietet, aber auch in der großen Schulsprechstunde, wo wir täglich Beratung zu Kindern, die von Schulen geschickt werden, anbieten. In den Bereichen der Abklärung zur Schulvermeidung und zur weiteren Diagnostik haben wir einen deutlichen Anstieg und zwar seitdem der Wechsel- und Präsenzunterricht wieder möglich wurde. Genau wie Frau Dr. Sobanski es schon geschildert hat, sind es die Kinder, die schon vorher im sozialen Kontext ein paar Probleme hatten. Durch Corona und im Homeschooling konnte das aber dann nicht in den Schulen, mit Schulsozialarbeit et cetera aufgefangen werden. Letztlich, man muss es so sagen sind sie verloren gegangen und werden den Übergang in den normalen Unterricht nur sehr schwer, nur mit Unterstützung oder – hoffentlich nicht – vielleicht nicht mehr schaffen und nicht mehr zur Schule gehen. Ich möchte das was Frau Haus sagte ergänzen. Es sind natürlich nicht alle Kinder gleich getroffen.

Es gibt auch viele Kinder, die gut durch die Phase der Lockdowns gekommen sind, insbesondere dann, wenn sie ein gutes, unterstützendes Elternhaus oder Umfeld hatten.

Welche Kinder trifft es jetzt vielleicht besonders? Auf sie müssen sich unsere Angebote und unsere Hilfsangebote konzentrieren.

- Das sind erstens die, wo eben das Elternhaus aus welchen Gründen auch immer nicht so unterstützend sein kann, die weniger Ressourcen haben und auch die, die sich zu Beginn des Lockdowns in einer Übergangssituation gerade befunden haben. Also genau die, die genau von Kindergarten in Schule kamen oder von Grundschule in weiterführende Schule oder von der Schule ins Berufsleben. Die hat es wirklich schwer getroffen. Wir sind aufgefordert worden, Lösungsvorschläge zu überlegen bzw. zu erarbeiten. Das ist natürlich immer sehr schwierig, aber hier einige Punkte dazu:
 - Ich glaube zuallererst, dass es wichtig ist, dass wir jetzt schnell handeln, dass wir schnelle und unkomplizierte Zugangswege schaffen. Das muss ja auch nicht alles immer für die Ewigkeit sein. Es geht auch immer um Geld. Also vielleicht kann man einfach auch vorübergehende Erleichterungen schaffen, erleichterten Zugang zu heilpädagogischen Plätzen oder Ähnlichem. Das wäre schon sehr, sehr hilfreich für viele Kinder.
 - Als zweiten Punkt möchte ich nennen, dass jetzt viele Lern- und Förderprogramme aufgelegt werden. Persönlich und ich glaube, da bin ich mir mit vielen Anderen einig, halte es für extrem wichtig, dass wir nicht nur auf die schulische Bildung gucken, sondern dass wir eine Idee entwickeln wie diese Lern- und Förderangebote zwingend mit Sport, Spiel, Spaß, und Bewegungsangeboten gekoppelt werden. Es muss einfach Spaß machen und den Kindern ein Stück Selbstwirksamkeit zurückgeben. Die Angebote dürfen dann auch ruhig, kultursensibel und gendersensibel sein. Die Mädchen sollten wir nicht vergessen. In der Pandemie haben die sich oft besonders zurückziehen müssen. Das brauche ich jetzt hier nicht weiter ausführen.
 - Mein dritter Punkt: Wir brauchen die Elternberatung. Das wurde auch schon angesprochen. So gut wie die Eltern mit der Situation fertig werden, es spiegelt sich fast 1:1 in den Kindern. Und deswegen müssen wir die Eltern beraten. Die sind oft auch sehr verunsichert.

Schließen möchte ich mit einer Bitte – es geistert manchmal durch die Presse der Ausdruck „Generation Corona“ oder „Lost Generation“. Ich persönlich halte das für extrem stigmatisierend. Ich würde Sie bitten, das nicht zu verwenden. Natürlich müssen wir aufpassen auf die Kinder. Wir müssen hinhören. Das tun wir heute noch. Aber wir sollten doch das Vertrauen nicht verlieren in diese Kinder und Jugendlichen. Die haben viel Kraft. Viele von denen werden auch die Folgen von Corona mit unserer Unterstützung überwinden. Und wir dürfen sie nicht stigmatisieren.

2. Bereich der schulischen Bildung

Frau Fischer-Jokl

Abteilungsleitung Gymnasien im Referat für Bildung und Sport

Ich möchte an dieser Stelle einen kurzen Eindruck geben, wie sich die Krisensituation aktuell aus schulischer bzw. pädagogischer Sicht darstellt. An den Schulen sind wir nun bekanntlich seit dem 7. Juni wieder im vollen Präsenzunterricht angekommen, das heißt, es ist noch zu früh, um

konkrete Daten für eine Einschätzung vorliegen zu haben. Wir befinden uns somit derzeit in einer Phase des Ankommens, die Kinder und Jugendlichen müssen sich nun wieder an die Gemeinschaft an den Schulen und Einrichtungen gewöhnen.

Wissenserwerb und Arbeitstechniken des Lernens sind in den letzten Monaten zu einem guten Teil auf der Strecke geblieben. Ohne jedoch konkretere Daten vorliegen zu haben, wird sich erst zeigen, wie groß die Spreizung hier ausfallen wird – sowohl in psychosozialer Hinsicht als auch was den Lernerfolg betrifft. Wahrscheinlich werden sich die wahren Ausprägungen der Krise erst in den nächsten Wochen, Monaten, wenn nicht sogar Jahren beobachten lassen.

Die uns vorliegenden Rückmeldungen, z. B. seitens der Schulpsycholog*innen gehen in die gleiche Richtung, wie meine Vorrednerinnen dies auch schon aus medizinischer Sicht dargestellt haben. Depressive Auffälligkeiten, Ängste, erhöhter Medienkonsum, Motivationsprobleme, schulvermeidendes Verhalten und Essstörungen fallen auch den Kolleg*innen an den Einrichtungen und in den Schulen massiv auf.

Die Einrichtungen haben große Anstrengungen unternommen, um die Familien in den letzten Monaten gut durch die Krise zu begleiten. Es gab sehr große Bemühungen seitens des pädagogischen Personals in Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen zu bleiben, auch im Distanzunterricht. Trotzdem ist es in der veränderten Situation nicht auszuschließen, dass der Unterstützungsbedarf erst jetzt und nach und nach offensichtlich wird, wenn man die Kinder und Jugendlichen wieder vor Ort hat, und wir werden erst in der nächsten Zeit genauer wissen, welche spezifischen Probleme wir dann angehen müssen.

Im laufenden Schuljahr wurden von den Schulen vielfältige Unterstützungsangebote gemacht, auch im bewährten Rahmen des Münchner Wegs, der die pädagogische Schulentwicklung in den letzten Jahren ja generell ganz entscheidend mit vorangetrieben hat, mit dem Ziel, unabhängig von der sozialen Herkunft und gemäß der eigenen Fähigkeiten entsprechend zu fördern. Das dafür vorhandene Budget beispielsweise für die Schulpsycholog*innen, für die ganztägige Bildung und die bedarfsorientierte Budgetierung ist jedoch trotz der Herausforderungen der Pandemie konstant geblieben bzw. sogar gekürzt worden. So können unter den stark veränderten Bedingungen die Anstrengungen der Schulen und der anderen Einrichtungen nicht mehr abgedeckt werden.

Das staatliche Modell Brücken.bauen ist nun erfreulicherweise durch den entsprechenden Stadtratsbeschluss auch für die städtischen Schulen ermöglicht worden, so dass in dieser Beziehung keine Benachteiligungssituation an den kommunalen Einrichtungen und Schulen entstanden ist und identische Unterstützungsangebote gemacht werden konnten. Der Fokus liegt dabei auch deutlich auf psychosozialen Angeboten und nicht nur auf Aspekten der formalen Bildung. Gerade die Schulpsychologie hat hier hervorragende Arbeit geleistet und alle Beteiligten haben versucht, den engen Austausch zwischen Elternhaus und Schule auch in digitalen Formaten abzubilden. Was die digitale Bildung betrifft, und das ist vielleicht ein Positivum der Krise, haben die Schulen einen Quantensprung gemacht hat. An den Einrichtungen gibt es aber deutlich zu beobachtende und besorgniserregende Überlastungsanzeichen innerhalb des Personals.

Wenn ich hierzu konkret ein Beispiel aus dem Bereich des Gymnasiums benennen darf: Es muss klar sein, dass sich gerade jetzt die aufgrund der Haushaltskonsolidierung massiv ausgefallenen Kürzungen in der ganztägigen Bildung der gymnasialen Mittelstufe doppelt negativ auswirken werden. Kurzfristig angelegte Konzepte werden nicht die gewünschten Effekte bringen, wir brauchen eine längerfristige Förderperspektive für unsere Schüler*innen. Es gilt, in einer

gemeinsamen Anstrengung die Kinder und Jugendlichen stark zu machen für die Zukunft. Die Schulen beispielsweise planen eng vernetzt und in eigener Verantwortung weitreichende Konzepte und stellen entsprechende Förderpakete zusammen, u. a. in den Bereichen Diagnostik, Lernen lernen, aber auch im psychosozialen Bereich. Allerdings gibt es für die Akteure vor Ort noch keine Klarheit über die zur Verfügung stehenden Bedingungen und Ressourcen im nächsten Schuljahr.

Noch einmal sei betont, dass neben der notwendigen fachlichen Förderung keine ausschließliche Orientierung an der formalen Bildung erfolgen soll. Wir wollen uns gemeinsam mit den Einrichtungen nicht nur am Defizitären orientieren, sondern auch genau analysieren, welche positiven Entwicklungen und Lernerfolge zu beobachten sind. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass hier zum Beispiel ein Zuwachs von Kompetenzen im selbstständigen Arbeiten stattgefunden haben dürfte.

Im Rahmen der Förderung der psychosozialen Gesundheit sind nach einhelliger Meinung Resilienzfaktoren zu fördern wie: Positive Beziehungsgestaltung, Verbundenheit, Stärkung des Schutzfaktors gesunder Lebensstil, Milderung von Risikofaktoren zum Beispiel durch Unterstützung bei allen Formen von Gewalt, Prävention und Früherkennung.

Dazu macht das Pädagogische Institut der Stadt München passgenaue Angebote, z. B. durch entsprechende Fortbildungen für das pädagogische Personal und Beratungsangebote für die Schüler*innen. Ebenso sollen von den Bildungsberatungsstellen und der Schulberatung bedarfsgerechte Beratungsangebote entwickelt werden.

In Summe ist auch dafür eine angepasste Ausstattung zur Erarbeitung geeigneter Konzepte vonnöten, die unseren Münchner Kindern und Jugendlichen zugute kommen, ohne dabei die Einrichtungen weiter zu überlasten.

Frau Rektorin Meineke **Staatliches Schulamt**

Die Herausforderungen vor denen die Grund- und Mittelschulen zu Beginn der Pandemie standen, waren immens. Die digitalen Strukturen waren viel zu wenig vorhanden und es war keine Zeit, sich auf die Schulschließung vorzubereiten. Aus diesem Grund musste jede Schule zunächst ihre eigenen Wege gehen um die Schülerinnen und Schüler zu erreichen. Es wurden sehr viele unterschiedliche und kreative Lösungen gefunden. Trotz allem konnte der persönliche Kontakt und das Miteinander nicht kompensiert werden, denn guter Unterricht ist geprägt vom Lernen miteinander und voneinander. Je jünger die Kinder sind, umso schwieriger gestaltet sich der Distanzunterricht an einem ganzen Vormittag. Dieser kann immer nur eine Kompromisslösung sein.

Zu Beginn des Schuljahres 2020/21 lagen Handlungskonzepte vor. Die Ängste der Eltern vor einer erneuten Schließung der Schulen war deutlich spürbarer. Durch die andauernde Krisensituation waren auch sie sehr verunsichert und das wirkte sich deutlich auf die Zusammenarbeit innerhalb der Schulgemeinschaft aus.

Der Distanzunterricht beim zweiten Lockdown verlief wesentlich professioneller und war gut vorbereitet. Dennoch gab es viele Kinder und Jugendliche, die durch die fehlende Tagesstruktur vor Ort erkennbar litten. Die Auswirkungen sind bis heute zu spüren. Lehrkräfte der Grund- und Mittelschulen haben mit beeindruckendem Engagement versucht, diese Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

Wir stehen weiterhin vor sehr großen Herausforderungen, die durch den Personalmangel an den Grund- und Mittelschulen verstärkt werden. Durch das Förderprogramm des Kultusministeriums „gemeinsam.Brücken.bauen“ werden den Schulen Fördergelder zur Verfügung gestellt, um vor Ort auf die individuellen Bedarfe eingehen zu können und zusätzliches Personal einzustellen. Wir werden alles daran setzen, unsere Schulkinder soweit es geht, individuell zu fördern und zu versuchen, Lernrückstände zu kompensieren. Dabei geht es nicht nur um Lerninhalte, sondern auch um die Gestaltung der Schule als Lern- und Lebensort.

Frau Susanne Leogrande

Schulleitung - Förderschule und Schulen für Kranke (Regierung von Oberbayern)

Ergänzend als geladene Gäst*in kann ich noch ein paar Aspekte aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen mit Beeinträchtigungen einbringen.

Zunächst kurz zu meinem beruflichen Arbeitsfeld: Ein sonderpädagogisches Förderzentrum ist eine schulische Einrichtung. Kinder und Jugendliche von vier bis 18 Jahren sind bei uns. Die Zugangsberechtigung ist ein sonderpädagogisches Gutachten. Sprich wir sind eine Angebotsschule, keine Schule auf die ein Kind oder ein Jugendlicher gehen muss.

Meine Einrichtung ist eine von elf in München mit dem Förderschwerpunkt Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung. Wir haben sehr, sehr viele Kinder und Jugendliche mit Beeinträchtigungen und multiplen Risikofaktoren. Und ich komme gleich kurz darauf zu sprechen, was die sich wünschen würden und was denen helfen würde und lass alles andere weg.

- Wir haben in Kooperation mit Sozialreferat und dem Stadtjugendamt und vielen weiteren Kooperationspartnern ein tolles Projekt einrichten dürfen – ein regionales Bildungsprojekt. „Gemeinsam stärker“ unterstützt gemeinsam mit Ehrenamtlichen täglich Kinder und Jugendliche in Form von Lernförderung und Motivation, aber auch Spielspaß, Sport und spannender Freizeitgestaltung. Das ist wahnsinnig hilfreich im eins zu eins Support und es wäre toll, wenn wir das über dieses Schuljahr hinaus weiter installieren dürften. Das ist eine große Hilfe und eine große Bitte von unseren Kindern und Jugendlichen.
- Dann wäre es toll, wenn wir weiter die bisher etablierten digitalen Module weiterführen könnten. Dazu fehlt uns zum Teil noch die entsprechende Ausstattung, die Unterstützung und die entsprechenden Budgets.
- Wir würden uns freuen, Sportangebote auch weiterführen zu können. Gute Sportangebote würden extrem helfen. Ich kann gerne auch mal eine Liste jemanden zukommen lassen.
- Dann die Aussetzung schullaufbahn-irrelevanter Diagnostik ist ein ganz wichtiger Punkt. Wir sind als Förderschulen primär unterwegs, um präventiv zu agieren an den Regelschulen. Das ist, neben der schulischen Förderung und Unterrichtung, unser Hauptauftrag. Es wäre ganz wichtig, den sogenannten „Ferien-Effekt“ zu berücksichtigen. Das bedeutet für Kinder und Jugendliche, dass sie ihre kognitiven Fähigkeiten, nach der Pandemie, nicht mehr adäquat ausschöpfen können. Für den Moment würden wir jedoch darum bitten, dass ihnen die entsprechende Zeit gelassen wird, damit die sozialen Faktoren, die das alles auch wieder begünstigen, wirken können. Es sollte keine riskante schullaufbahn-irrelevante Diagnostik gemacht werden, ehe wir eine Chance hatten und

entsprechend kompensieren konnten. Ich wollte mich kurz fassen. Ich habe noch sehr viel Punkte mehr.

3. Bereiche außerschulischer Bildung und öffentlichem Raum

Herr Schuhr

Einrichtungsleitung Spiel- und Begegnungszentrum am Hart, Delegierter FachArGe Jugendarbeit

Vielen Dank, dass ich in diesem Rahmen etwas zum Thema der Folgen von Corona für Kinder und Jugendliche in Bezug auf außerschulische Bildung und den öffentlichen Raum sagen darf.

Im öffentlichen Raum spielt sich für Kinder und Jugendliche ein wesentlicher Teil ihres Lebens ab. Kinder treffen hier ihre Freunde zum Spielen und Toben, erleben Abenteuer, machen neue Erfahrungen und erobern sich Stück für Stück die Welt.

Jugendliche treffen hier ihre Peer-Group, die für sie, neben Schule und Elternhaus, die wichtigsten Kontakte bereitstellt. Sie benötigen den öffentlichen Raum, um ihren Interessen nachzugehen, sei es um zu Skaten, zu Feiern oder einfach nur mit Freunden abzuhängen.

Wir sprechen davon, dass sich Kinder und Jugendliche den öffentlichen Raum aneignen und hier wesentliche Entwicklungsaufgaben lösen, was bedeutet: Die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raumes ist ein wesentlicher Bestandteil einer gelingenden Kindheit und Jugend. Die hier gemachten Erfahrungen sind nicht ersetzbar.

O-Ton einer Jugendlichen im Lockdown: „wenn ich nicht bald Freunde treffe, bin ich wie eine Blume, die nicht gegossen wird...ich verkümmere seelisch“

Schon vor Corona war diese Nutzung des öffentlichen Raumes für viele Kinder und Jugendliche schwierig. Zu viele andere Interessen stehen dem entgegen: Das Ruhebedürfnis von Anwohnern, der Verkehr, der viel Platz einnimmt, eine immer größere Kommerzialisierung, ein immer größer werdendes Sicherheits- und Versicherungsdenken, Vorurteile gegen Jugendliche usw. und so fort. Hier wäre es ohnehin schon notwendig, verstärkt auf die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen Rücksicht zu nehmen und sie bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes aktiv zu beteiligen.

Die außerschulische Bildungsarbeit - offene Kinder- und Jugendarbeit und Jugendkulturarbeit - stellt in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit für Kinder und Jugendliche dar, sich zu treffen, ihren Interessen nachzugehen, neue Erfahrungen zu machen und diese zu vertiefen. Dabei ist wesentlich, dass sie hier diejenigen sind, die entscheiden können, was sie lernen, tun oder lassen wollen, welche Angebote sie annehmen wollen und wie diese Angebote aussehen. Offenheit, Partizipation und die Orientierung an den Bedürfnissen der einzelnen Besucher*innen sind wesentliche Strukturprinzipien unserer Arbeit. Wir leisten somit einen wichtigen Beitrag, können aber den öffentlichen Raum nicht ersetzen, alleine schon deshalb, weil auch bei uns immer erwachsene Pädagogen vor Ort sind, aber auch deswegen, weil wir nicht die Gesellschaft, beziehungsweise die Stadt an sich repräsentieren, sondern nur einen kleinen Ausschnitt davon. Während der letzten Monate war die Nutzung des öffentlichen Raumes weitgehend untersagt. Kinder und Jugendliche waren gezwungen zu Hause zu bleiben, was für sie weitreichende Folgen hatte:

Sie empfanden den Lockdown und die Isolation als sehr belastend. Zu Hause war die Situation durch Homeschooling schwierig. Dazu kam, dass die Eltern und Geschwister häufig ebenfalls

daheim waren. Die Folge war Enge, fehlende Rückzugsräume und Privatsphäre, was wiederum zu Stress und Konflikten führte.

Durch den fehlenden Präsenzunterricht war es obendrein für viele schwierig, eine geregelte Tagesstruktur aufrecht zu halten.

Jugendliche berichten, dass Ihre Eltern teilweise gar nicht wüssten, dass Ihnen Corona sehr aufs Gemüt geht, weil die Eltern so viel um die Ohren haben, dass man da nicht auch noch stören wolle.

Das führte zum Verlust von Freundschaften und Cliquen und einem Rückzug ins Private, wobei es kaum Möglichkeiten gab, neue Kontakte zu knüpfen.

Manche Jugendliche entwickelten psychische Probleme: Depressionen, Essstörungen, starke Gewichtszunahme, sogar Selbstmordversuche waren die Folgen. Dazu kommt, dass es bei psychischen Problemen noch schwerer als normalerweise war und ist, eine Therapie zu bekommen.

Insbesondere Mädchen berichten, dass ihnen einerseits die privaten Beziehungen wegbrachen, sie aber andererseits, weil sie ja zu Hause waren, immer mehr in Anspruch genommen wurden durch Putzen, Kochen und die Versorgung kleinerer Geschwister.

Behinderte Jugendliche, die digitale Medien nur eingeschränkt oder gar nicht verwenden konnten, waren noch stärker von Isolation betroffen.

Natürlich traf die Situation Jugendliche aus ressourcenschwachen Familien am härtesten.

Im öffentlichen Raum wurden die Jugendlichen von der Polizei verstärkt kontrolliert und bekamen teilweise Strafen wegen des Verstoßes gegen das Kontaktverbot. Sie fühlen sich einem Generalverdacht ausgesetzt und das Ansehen der Polizei sinkt bei ihnen.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz aus einem Brief zitieren, der im Rahmen einer Umfrage während des Lockdowns an eine Einrichtung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit von einer 15-jährigen Schülerin geschrieben wurde:

Es (ist) meiner Meinung nach mehr als verständlich, wenn es einige Jugendliche nicht mehr zu Hause aushalten und beschließen, sich mit ihrem Freund oder Freunden zu treffen.

Auch wenn das auf den ersten Blick, angesichts der hohen Corona-Fallzahlen respekt- und verantwortungslos gegenüber unserer Gesellschaft erscheint, sollte Ihnen doch auf den zweiten Blick einfallen, wie sie Ihre Jugend verbracht haben, und wie jedes Kind seine Jugend verbringen sollte: Ohne jegliche Einschränkungen und mit wem auch immer es will.

Anscheinend haben aber nicht nur viele von uns, sondern auch ein großer Teil unserer Gesellschaft und die Medien vergessen, wie sie ihre jungen Jahre verbracht haben, weshalb es des Öfteren dazu kam, dass unsere gesamte Altersgruppe auf Grund der wenigen „Corona-Partys“ als selbstsüchtig und uneinsichtig dargestellt wurde. Bei diesen Behauptungen wurden die Millionen Jugendlichen, welche sich strikt an jede Beschränkung halten, scheinbar vergessen.

Zur außerschulischen Bildung geht zunächst großer Dank an Politik und Verwaltung, dass die Einrichtungen, mit Ausnahme des Lockdowns im Frühjahr 2019, so weit wie möglich offen gehalten wurden.

Die Situation vor Ort war, je nach Größe und Grundriss der Einrichtung und dem Vorhandensein von Außenflächen, unterschiedlich:

- Insgesamt wurden die Angebote fortwährend modifiziert und den Regeln angepasst und das Mögliche immer gut angenommen und von den Besucher*innen sehr geschätzt.
- Für viele waren wir eine wichtige Anlauf- und Kontaktstelle.
- Insbesondere Freizeitstätten mit großen Außengelände konnten viele Angebote ins Freie verlegen.
- Sehr kleine Einrichtungen hatten, auf Grund der Abstandsregeln Probleme überhaupt noch mit mehreren Kindern und Jugendlichen zu arbeiten und verloren dadurch an Attraktivität.
- Für ältere Jugendliche war ein Treffen unter Hygienebedingungen teilweise nicht attraktiv und sie kamen nicht mehr.
- Insgesamt hat sich gezeigt, dass es sinnvoll und unterstützend war, die Angebote der außerschulischen Bildung offen zu halten und es wäre wünschenswert, dass bei eventuell steigenden Inzidenzen noch weitergehende Ausnahmeregelungen für den Betrieb getroffen werden, damit sich Kinder und insbesondere Jugendliche weiterhin unter Bedingungen treffen können, die dem Infektionsschutz genügen, anstatt mit der Polizei im öffentlichen Raum Katz und Maus zu spielen und Geldstrafen zu sammeln.
- Wir haben den Kindern und Jugendlichen viel zugemutet. Sie haben einen Abschnitt Ihrer Kindheit bzw. Jugend verloren, den wir ihnen nicht zurückgeben können. Wir müssen nun die Möglichkeiten zur Verfügung stellen, um ihnen bei der Bewältigung der Folgen zu helfen, die unser Umgang mit der Pandemie für sie hatte.
- Aktuell geht es darum, ihnen zu ermöglichen, wieder in größeren Gruppen zusammenzukommen und auch zu feiern.
- Zukünftig müssen wir Ihre Anliegen noch ernster nehmen und sie, insbesondere bei der Gestaltung öffentlicher Räume, noch mehr zu beteiligen.

Frau Hartmann

Geschäftsführerin von REGSAM

Wir beschäftigen uns im Rahmen des Runden Tisches Jugend und im Rahmen unserer Fach-Arbeitskreise - Kinder- und Jugendarbeit seit vielen Jahren mit dem Thema Jugend im öffentlichen Raum und haben das ganze Thema eigentlich seit Beginn der Pandemie auch begleitet.

Es wurde hier auch schon ein paar Mal genannt, aber auch uns wurde zurückgemeldet, dass tatsächlich schon im ersten Lockdown - im Mai letzten Jahres - Jugendliche insofern „verloren gegangen“ sind, dass sie nicht mehr erreicht wurden - auch nicht über die Freizeitstätten, unter anderem weil sie einfach nicht gewillt waren, ihre Kontaktdaten zu hinterlegen und sich an die auferlegten Hygieneschutzmaßnahmen anzupassen.

Das Ganze hat sich ordentlich verstärkt, wie wir gehört haben. Wir haben (noch) keine systematische Abfrage gemacht in unseren Facharbeitskreisen. Das sind alles nur Blitzlichter. Aber was in Summe schon deutlich wird ist:

- Die häufigen Polizeikontrollen, die für die Jugendliche teilweise einfach auch nicht nachvollziehbar waren. Wenn sie sich an einem Spielplatz aufhalten, der eigentlich für sie ausgerichtet ist und es kommen ständig Polizeiautos vorbei. Sie werden angemahnt, den Spielplatz wieder zu verlassen. Das ist eine Form, da fühlten Sie sich, würde ich mal

sagen, kriminalisiert. Nur weil vielleicht eine Person mehr dabeistand, als Haushalte erlaubt waren.

- Das Thema „Öffentlicher Raum“ und die Nutzungskonflikte, ist wie gesagt schon älter. Auch die fehlenden Orte und die fehlende demokratische Teilhabe von jungen Menschen bei der Gestaltung von Plätzen und von den Orten, wo Jugendliche sich aufhalten, sind bereits vor der Pandemie ein großes Thema gewesen.
- Hier ein paar Aspekte, die mir - in aller Kürze - nochmal wichtig sind:
 - Schwierig ist, in welcher Weise über die jungen Menschen gesprochen wird, wie pauschaliert, wenig differenziert über sie „geurteilt“ wurde. Weder wurde berücksichtigt, dass männliche und weibliche Jugendliche anders von der Pandemie betroffen sind und sich auch anders verhalten. Es gibt junge Menschen mit viel Geld und es gibt junge Menschen mit wenig Geld. Es gibt unterschiedliche Lebensgeschichten und Lebenslagen und all das ist wichtig und wird zu wenig berücksichtigt.
 - Diese Differenzierung ist auch wichtig, wenn es darum geht, dass Treffen im öffentlichen Raum hoffentlich bald wieder leichter und selbstverständlicher werden und differenzierte Angebote geschaffen werden (müssen).
 - Ich denke hier gerade an Mädchen und junge Frauen, auch das ist ein Thema, was nicht wirklich neu ist. Deren anderes Verhalten und höheres Sicherheitsbedürfnis im öffentlichen Raum braucht nochmal mehr Beachtung, und muss aufgegriffen werden.
 - Das gleiche gilt auch für das Thema Feiern. Auch hier wird häufig auch von der Presse pauschal über „die Jugendlichen“ gesprochen. Neulich habe ich mal einen Artikel gefunden, da wurde tatsächlich über Feiernde gesprochen und es hat mich schon sehr gefreut.
Man sollte wirklich schauen – wer feiert, wer trifft sich da? Wer macht die Plätze voll? Es sind bestimmt nicht zwingend die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die wir hier im Fokus haben.
- Ein besonderes Augenmerk vielleicht auch noch für den Bereich rund um den Hauptbahnhof, das sogenannte südliches Bahnhofsviertel. Wo es sehr viele Menschen, sehr viele Jugendliche aus Süd- und Osteuropa sind. Das ist ein Ort, wo durch sehr viele Baustellen öffentlicher Raum massiv verloren ging. Es heißt, es fehlt schlicht an Platz, wo sich die jungen Menschen dort treffen können. So geht der Kontakt zu Subkulturen verloren, die auch von der Streetwork dann teilweise nicht mehr erreicht werden.

Das muss zukünftig gestalterisch und planerisch mitgedacht werden. Es müssen konsumfreie Räume und öffentliche Orte erhalten und ermöglicht werden, wo junge Menschen sich dauerhaft treffen können, ohne verjagt zu werden. Dabei müssen auch die Orte berücksichtigt werden, die sich die Jugendlichen bereits selbst angeeignet haben. Es ist mein persönliches Anliegen, dass wir alle immer wieder die Abwägung treffen zwischen den Klagen von Nachbar*innen und den Bedürfnissen von jungen Menschen.

4. Ausbildung und Beruf

Hr. Gläß

Geschäftsführer Kontrapunkt gGmbH, Gründer des Kunst- und Berufsqualifizierungsprojekts - Imal

Ich bringe hier den Blickwinkel der berufsbezogenen Jugendhilfe ein. Diese erreicht Jugendliche in Projekten. Dazu vielleicht nur ganz kurz ein Abriss, denn es ist nicht unbedingt bekannt, was die BBJH ist.

Berufsbildung, Jugendhilfe München, das sind Jugendliche aus schwierigen ökonomischen sozialen oder persönlichen Verhältnissen, die in verschiedenen Ausbildungs-, Qualifizierungs- oder Beschäftigungsprojekten betreut und begleitet werden. Bei Trägern sind sie zum Teil mit Lehrvertrag angestellt, zum Teil sind sie einfach freiwillig dort und werden über Arbeitsgemeinschaften und Ähnliches geschickt.

Das hat einen ganz großen Vorteil gehabt im letzten Jahr, weil wir uns als Betriebe verstanden haben und und mussten deswegen nicht schließen; das heißt wir konnten unter den Bedingungen öffnen wie jeder Wirtschaftsbetrieb auch. Wir konnten tatsächlich mit Jugendlichen arbeiten. Wir haben letztes Jahr Mitte März bis Ende April geschlossen gehabt, dabei war zunächst nicht klar, wie man weiterarbeiten kann. Aber dann kam eben die Idee und wir haben gemacht, was jeder Wirtschaftsbetrieb auch macht. Wir haben unter den Bedingungen, die möglich waren, geöffnet, haben Hygienekonzepte erstellt und geschaut, wie man zurechtkommt. Das heißt, wir hatten die Jugendlichen bei uns gehabt und haben auch festgestellt, dass sie vermehrt kommen. Wir haben nie so einen geringen Krankenstand gehabt wie im letzten Jahr. Sie waren froh, dass sie kommen konnten und das hat einen ganz einfachen Grund - sie brauchten den Kontakt zu Gleichaltrigen. Das war das einzige Setting, indem sie stressfrei und ohne dass sie mit Gesetzen in Konflikt kommen, sich mit mehr als zwei Leuten treffen konnten. Naja, also es hat ihnen tatsächlich gutgetan, dass es uns gab. Es gibt nicht so viele Plätze in München - knapp 400 Plätze, glaub ich. Das ist jetzt nicht die Riesensumme. Aber es ist ein Beispiel dafür, was möglich ist und möglich war und was auch notwendig war für die Jugendlichen.

Wenn man deren persönliche Situation anschaut, dann beschreibt es folgende Aussage eigentlich ganz gut: „Die da oben haben keine Ahnung, wie es uns geht, die haben ihr Leben schon gelebt und wir stehen am Anfang.“

Das trifft es verkürzt und meint, dass es kein Verständnis dafür gibt, wie die Jugend eigentlich funktioniert und was in dieser Lebensphase wichtig ist. Wir reden da ja immer von drei bis vier Jahren. Wir reden nicht von Kindern von 0 Jahren bis 27, sondern wir reden von Kindern, von Jugendlichen, von jungen Erwachsenen, also immer von unterschiedlichen Lebensphasen.

Ich glaube, wenn wir uns dem Thema nähern, dann müssen wir schauen, wie wir die Lebensphasen besser fassen können, um dann adäquate Lösungen zu finden.

So sind die Jugendlichen der berufsbezogenen Jugendhilfe nicht mehr in der Schule, sie fallen aus den normalen Schulsettings komplett raus. Sie haben ihr ganz normales Leben als Bürger*innen in dieser Stadt. Als Bürger*innen in dieser Stadt haben sie sich natürlich getroffen. Jeder von uns hat sich mit mehr als einer Person getroffen. Da müssen wir uns nichts vormachen. Also die Jugendlichen machen das genauso, weil sie zumeist keine eigene Wohnung haben, treffen sie sich im öffentlichen Raum und sofort sind Konflikte da. Ein Beispiel: Da stehen drei Mädels auf der Straße und rauchen zu dritt auf der Straße eine Zigarette miteinander. Die Nachbarn rufen die Polizei an. Die Mädchen zahlen 250 Euro für das Rauchen einer Zigarette. Das verstehen die jungen Leute nicht mehr. Sie sagen: Wir tun niemandem weh, wir halten den Abstand. Und nur weil irgendwo steht, wir dürfen das nicht tun, werden wir letztendlich in eine Situation gebracht,

die uns letztendlich das bisschen, was wir noch an Kontakt haben und halten wollen, auch noch verunmöglichen. Das ist die eine Seite der Situation.

Die andere Seite ist, dass wir von einer Phase reden müssen, in der Jugendliche auch in Richtung von Selbstwirksamkeit und Autonomie Erfahrungen sammeln müssen. Weil ich mich nicht mehr mit Gleichaltrigen treffen kann, kann ich mich auch selber gar nicht mehr einordnen. Und dann kommen die ganzen Probleme, die jetzt sämtliche Vorredner*innen heute schon benannt haben, bis hin zu psychischen, psychosomatischen und psychosozialen Beeinträchtigungen und Schwierigkeiten.

Vielleicht hier wichtig, was wir in der berufsbezogenen Jugendhilfe tun konnten. Was wir erlebt beziehungsweise erfahren haben, ist, dass diese Jugendlichen, weil sie in schwierigen Situationen sind, natürlich verstärkt auf Beratungsangebote angewiesen sind und die waren für die Jugendlichen nicht mehr erreichbar. Die normalen Beratungssettings haben nicht mehr funktioniert. Es gab Hotlines, die nicht erreichbar waren. Es war alles auf online umgestellt, was dafür sorgt, dass bestimmte Leute diese Dinge auch gar nicht mehr in Anspruch nehmen können. Diese online Zugänge sind nicht barrierefrei. Diese Webseiten, in denen man sich zum Beispiel immer wieder neu einschreiben muss, das geht mit dem Handy gar nicht und viele haben keinen PC, auf dem sie das tun können und so weiter. Das heißt, die Pädagoginnen in der Berufsbildung Jugendhilfe hatten ganz, ganz viel Mehrarbeit damit, diese Beratungsangebote zu organisieren, die Jugendlichen zusätzlich zum betrieblichen Alltag zu beraten.

Wir haben dabei auch gemerkt, wo die Schwierigkeiten liegen und die liegen unter anderem auch in einer mangelhaften digitalen Ausstattung der Einrichtungen und auch der Behörden. Das muss man auch sagen. Die Jugendlichen selber sind ja in einer Situation Übergang Schule - Ausbildung. Da geht es um berufliche Orientierung, Qualifizierung. Schwierig war hier, dass Praktikumsstellen die Teil der Projekte bisher waren, nicht mehr vorhanden waren. Die Betriebe haben oft nicht mehr gearbeitet oder haben ihren Betrieb auch reduziert. Das heißt, es gab Schwierigkeiten bei der beruflichen Orientierung – die Praktikumsstellen sind dafür wichtig.

Es gibt insgesamt weniger Ausbildungs- und Arbeitsverträge, das heißt, die Jugendlichen, die aus einer beruflichen Bildungsmaßnahme rauskommen, ihren Gesellenbrief in der Tasche haben, finden keine Anstellung danach.

Wir gehen im Moment davon aus, dass wir so einen Stau von zwei Jahren ungefähr vor uns her schieben. Das heißt, es ist auch nicht vorbei, auch wenn wir es jetzt ab Herbst anders machen. Wir müssen davon ausgehen, dass das, was da im Moment schiefgelaufen ist, mindestens über zwei Jahre bleibt. Und das obwohl wir einen vernünftigen Zugang, einen vermehrten Bedarf haben. Alle Jugendlichen da draußen werden nach der Schule nicht mehr in dem Maß Ausbildungsstellen finden.

Was kann man für die Jugendlichen tun?

Ich glaube, ich kann mich nur anschließen, was bisher schon gesagt wurde: Wir müssen die Freiräume, die da sind, erhalten, schauen, dass Jugendliche kommerzfreie Räume in der Stadt nutzen können. Und wenn wir in die nächste Phase einer Pandemie hineinrutschen und das wird zwangsläufig kommen, dann sollten wir rechtzeitig dafür sorgen, dass auch die finanzielle Ausstattung stimmt. Es kann nicht sein, dass wir als Träger gestern per Brief hören, dass Tests gemacht wurden und für sinnvoll erachtet wurden und Räume die zusätzlich angemietet wurden, nicht finanzierbar und im Zuschuss nicht einsetzbar sind. Diese Dinge dürfen einfach nicht passieren. Darüber müssen wir uns unterhalten, um eine soziale Infrastruktur in der Stadt zu erhalten. Aber das hat natürlich auch etwas mit finanziellen Ressourcen zu tun.

5. Ergänzende Statements aus unterschiedlichen Bereichen

Herr KHK Kappelmeier

Polizeipräsidium München – Prävention und Opferschutz

Mein Name ist Ralph Kappelmeier. Ich vertrete heute das Polizeipräsidium München. Ich bin seit 30 Jahren in der polizeilichen Präventionsarbeit beschäftigt. Zunächst war ich zehn Jahre als Jugendbeamter eingesetzt und arbeite jetzt beim Kommissariat 105, um unter anderem Konzepte zu entwickeln, die es ermöglichen sollen, wirksame und effektive Präventionsarbeit zu leisten. Vielen Dank für die Möglichkeit, mich zu Wort zu melden. Eine konkrete Frage wurde zwar nicht an mich gerichtet, aber es stehen gerade viele Erfahrungsberichte von Betroffenen im Raum, die auch Vorwürfe gegenüber der Polizei beinhalteten. Dies kommt für mich ein wenig überraschend, da es doch vorwiegend um die Folgen der Pandemie für Kinder und Jugendliche gehen sollte. Trotzdem nehme ich dazu gerne Stellung.

Ich habe selber drei Kinder und in diesem Zusammenhang die persönliche Erfahrung gemacht, dass in der öffentlichen Diskussion bezüglich der Folgen der Pandemie für die Bevölkerung die Einschränkungen und Befindlichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen sehr, sehr intensiv thematisiert wurden. Ich meine damit, dass es insbesondere in der Anfangszeit der Pandemie doch vorwiegend um die älteren Bevölkerungsgruppen ging. Die Folgen für unsere Kinder und Jugendlichen wurden aus meiner Sicht erst sehr spät thematisiert.

Ich möchte zunächst meine persönliche Perspektive zum Ausdruck bringen: Ich habe die Generation der Kinder und Jugendlichen sehr bewundert für ihre, über weite Strecken gezeigte, Ausdauer, Geduld und Disziplin. Je nach Alter unterschieden sich die Beschränkungen und Veränderungen für das Leben der Kinder und Jugendlichen sehr stark voneinander, aber insgesamt war deren Verhalten aus meiner Sicht doch sehr lobenswert.

In der Zwischenzeit hat sich in Teilen der Bevölkerung jedoch leider eine Front aufgebaut zwischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die es nach draußen zieht und die gerne wieder feiern möchten, und der Polizei. Diese Konflikte äußerten sich in Form von aggressionsgeladenen Kontrollsituationen bis hin zu einem regelrechten „Hase-Igel-Spiel“, wie es von einem Jugendlichen aus der Videokonferenz soeben geschildert wurde. Aber ich glaube, das ist nur die eine Seite der Medaille. Ich glaube, die andere Seite der Medaille ist auch, dass viele Jugendliche und junge Erwachsene erkannt haben, dass es in dieser gesundheitsbedingten Phase nicht nur um den eigenen Spaß gehen kann. Was gerade weltweit geschieht, ist eine Katastrophe, in der jeder seinen Beitrag dazu leisten sollte, diese schwierige Situation zu überstehen.

Ich habe es so wahrgenommen, dass dieser Beitrag von der Generation der Kinder und Jugendlichen über weite Strecken in vorbildlicher Weise geleistet wurde und auch weiterhin geleistet wird.

Mit Fortdauer der Pandemie und dem einsetzenden Frühling und Sommer kam es nun jedoch zu diesen beschriebenen Problemen und Konflikten.

Darauf möchte ich nun etwas in meiner Eigenschaft als Polizeibeamter entgegnen: Jedermann weiß, dass die Polizei die geltenden Regeln und Gesetze nicht erlässt, sondern lediglich das ausführende Organ ist, das die Einhaltung dieser Regeln und Gesetze überwacht. In dieser Funktion macht man sich bekanntlich selten Freunde. Ich würde das gerne mit dem Straßenverkehr vergleichen. Da ist es ebenfalls so, dass die Polizei nicht die Straßenverkehrsordnung erlässt, aber für die Verkehrsüberwachung zuständig ist.

Aus der Erfahrung heraus ist bekannt, dass Regeln meist nur eingehalten werden, wenn ein gewisses Maß an Überwachung, polizeilicher Präsenz und Verfolgungsdruck erfolgt. So war es

auch in den Zeiten des Lockdowns. Und weil die Situation so ernst war, war die polizeiliche Präsenz entsprechend deutlich, deutlicher als wir es aus dem Alltag in München sonst gewohnt sind. Es ist mir bewusst, dass es sehr befremdlich wirken kann, im Alltag so viel Polizei zu sehen, so häufig auf die Einhaltung der Bayerischen Infektionsschutzmaßnahmenverordnungen angesprochen zu werden und so häufige Kontrollen zu erleben. Ich möchte die Arbeit und die Präsenz der Polizei sowie die Anzahl der Kontrollen jedoch mit großer Überzeugung verteidigen, denn sie waren und sind schlicht notwendig, um die Einhaltung der Regeln zu gewährleisten. Die Art und Weise, wie diese Kontrollen ablaufen und durchgeführt werden, muss jedoch immer im Einzelfall betrachtet werden und sie muss selbstverständlich stets korrekt, höflich, menschlich und verhältnismäßig sein. Andernfalls ist diese Kontrolle zu beanstanden. Schließlich muss man aber auch erkennen, dass sich im Laufe der Zeit echte „Brennpunkte“ entwickelt haben. Zu nennen wären hier beispielsweise der Englische Garten, der Gärtnerplatz, und Teile der Leopold- und Ludwigstraße. Dort waren aus polizeilicher Sicht phasenweise Zustände zu beobachten, die ein konsequentes Auftreten und Einschreiten der Polizei notwendig machten. Dort drohten die Situationen teilweise zu eskalieren. Bürger*innen, die kein Interesse daran haben, in Konflikte zu geraten, sollten sich daher rechtzeitig von solchen Brennpunkten entfernen, wenn die Situation zu eskalieren droht.

Frau Hagl

Münchner Trichter – Spielen in der Stadt

Der Münchner Trichter ist ein Zusammenschluss von vielen Trägern, die Kinder und Jugendarbeit machen. Ich fand auch vieles sehr, sehr eindrücklich. Aber ganz besonders die Aussagen von Severin und Lukas. Die kann ich als Träger nur bestätigen - es gibt im Infektionsschutzgesetz nach wie vor keinen Paragraphen für die Kinder und Jugendarbeit

Bis zur 13. Infektionsschutzverordnung haben wir es nicht geschafft, dass die Kinder- und Jugendhilfe einen eigenen Paragraphen hat, der endlich alles klar regeln könnte.

Wir hangeln uns immer noch zwischen verschiedenen Paragraphen hin und her und das ist glaube ich, wirklich die Aufgabe der Politik hier, weiterhin auf die Landesregierung einzuwirken und zu schauen, dass die Kinder- und Jugendhilfe den eigenen Paragraphen bekommen. Mit einer eigenen Würdigung der Jugendhilfe würden Reibungsverluste und viel Energie und Zeitverlust verhindert.

Frau Dr. Kleck

IG InitiativGruppe – Interkulturelle Begegnung und Bildung e.V.

Ich möchte noch einmal den Blickwinkel erweitern. Wir hatten eine Veranstaltung mit Jugendlichen aus unterschiedlichen Ländern, die alle digital zugeschaltet waren aus Brasilien, Indien, Nigeria und so weiter, die sehr viel berichteten, was auch ihr Jugendlichen berichtet habt. Deswegen gehe ich eher auf die Aspekte ein, die ergänzend dazukamen.

- In diesen Ländern war der Lockdown sehr unterschiedlich von frei bis wirklich ganz, ganz streng zu Hause. Das Problem war - dort gab es keinerlei Abfederung durch irgendwelche sozialen Maßnahmen, Kurzarbeitergeld, Wirtschaftliche Hilfen, zusätzliche Computer und Ähnliches - damit haben viele gekämpft.
- Was einfach auch den Angstfaktor in vielen dieser Ländern erhöht hat. Angst den Job zu verlieren. Man hat gesehen, viele andere haben den Job verloren. Angst nicht mitzukommen. Angst um die Familienmitglieder. Weil einfach sehr sehr viele von starken Erkrankungen, von Todesfällen betroffen waren.

- Und wie berichtet wurde, hat man sich dann sehr stark digital engagiert: „Ich bin im Lockdown und ich habe viel Zeit.“ Es wurde viel zu viel Verantwortung übernommen, zu viele Dinge angestoßen. Und jetzt heißt es: „Ich habe Kopfschmerzen.“
- Das sind alles Probleme, die sicher hier auch vorkommen und die nicht erwähnt wurden. Und was ich denke, was ich auch hier immer wieder höre - sie haben gesagt, wir sind so frustriert, weil die Pandemie für alles erhalten muss, was nicht funktioniert, was auch sonst nicht funktioniert. Da wird jetzt gesagt, in der Pandemie ist das halt jetzt nicht möglich.
- Die Befürchtung für die Zukunft ist in einem Satz zusammengefasst – „Leider ist es nicht möglich, weil wir wegen der Pandemie auch kein Geld mehr haben.“

Die Frustration, dass die Pandemie jetzt für alles als Ausrede erhalten muss, war wirklich groß. Und ich glaube, die gibt es hier genauso.

- Gleichzeitig hat man sich gefreut, dass es wirklich durch die Pandemie jetzt diesen internationalen Austausch und auch das digitale Vernetzen gibt.
- Ein letzter Satz, der mir hängengeblieben ist, war von einem jungen Mann, der sagte: „Ja, Gesundheit ist kein Gesetz. Man kann nicht einfach ein Gesetz schreiben, um gesund zu bleiben. Aber es ist einfach wichtig, dass alle aufeinander Rücksicht nehmen und solidarisch sind.“

Soweit aus der ganzen Welt. Ich möchte trotz allem auch noch ganz, ganz kurz die Möglichkeit ergreifen, etwas aus Sicht von der Initiativgruppe zu sagen, da wir ja auch mit sehr vielen Kindern und Jugendlichen arbeiten. Uns ist ebenfalls aufgefallen, wie stark alle Bereiche betroffen wurden. Also nicht nur sprachliche Rückstände, Lernrückstände, sondern auch soziale Auffälligkeiten. Die Kinder wissen nicht mehr, wie man sich meldet in der Schule, sondern reden alle rein. Das ist zu bedenken, wenn man jetzt über die Förderprogramme nachdenkt. Meine Bitte ist nicht einfach nur Student*innen an die Schulen schicken, sondern ganzheitlich zu denken. Wir müssen all diese Aspekte abdecken und wir müssen sie zusammen abdecken. Im Spagat zwischen Räumen, wo sich die Kinder und Jugendlichen selbst entwickeln können und an der Schule die ganzheitlich sein muss und der individuellen Förderung für die Leute, die wirklich auch individuelle Probleme haben. Und das muss wirklich gut gemeinsam geplant werden.

Frau Prem

Amt für Wohnen und Migration - Abteilung Migration, Integration, Teilhabe

Die im Stadtratshearing von Expert*innen und jungen Menschen geschilderten Berichte und persönlichen Erfahrungen zu den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie treffen weitgehend auch auf die Lebenssituation von jungen schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen in den Flüchtlingsunterkünften und im Wohnungslosensystem zu.

Die Personengruppe der Geflüchteten und Zugewanderten ist aber aufgrund der prekären Lebens- und Wohnsituation stärker als andere Bevölkerungsgruppen von den Auswirkungen der Pandemie betroffen:

- Auswirkungen auf die psychosoziale Gesundheit und höheres Gesundheitsrisiko durch verdichtetes Wohnen, zunehmende Einsamkeit und Isolation aufgrund von Fernunterricht und wiederholten Quarantänezeiten der Unterkünfte

- Verlust von Bildungschancen aufgrund nicht ausreichender Ausstattung mit digitalen Endgeräten, eingeschränktem Zugang zum stabilem W-LAN für den Fernunterricht sowie fehlendem Knowhow im Umgang mit Technik und mit digitalen Lernprogrammen
- Höheres Risiko des Verlusts von Arbeitsplätzen bei den arbeitenden Familienmitgliedern aufgrund der überproportionalen Beschäftigung in prekären Arbeitsverhältnissen

Studien belegen, dass etwa 50 Prozent der Geflüchteten unter irgendeiner psychischen Störung leiden oder andere Vorerkrankungen aufweisen. Zudem ist der Zugang der Personengruppe zu therapeutischen Einrichtungen und insgesamt zum Gesundheitssystem eingeschränkt. Wiederholte Quarantänemaßnahmen für komplette Unterkünfte, Fernunterricht über längere Zeiträume hinweg, Kontakteinschränkungen zu Freund*innen, Mitschüler*innen, Lehrkräften, Ehrenamtlichen und Bezugspersonen verstärkten das Gefühl von Einsamkeit und Isolation. Dadurch erhöhten sich die bereits vorhandenen psychosozialen und gesundheitlichen Belastungen von Menschen in Sammelunterkünften. Zudem konnten in den Gemeinschaftsunterkünften, wo viele Menschen auf engem Raum leben und Küchen- und Sanitäreinrichtungen gemeinsam genutzt werden, notwendige Hygiene- und Kontaktbeschränkungen nur unzureichend eingehalten werden. Besonders Kinder und Jugendliche hatten unter den Kontakteinschränkungen und dem Wegfall von Unterstützungsangeboten im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe besonders gelitten. Hinzu kam eine starke Verunsicherung durch Informationsdefizite aufgrund von Sprachbarrieren im Bezug auf die allgemeinen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Da viele Geflüchteten überwiegend in den von der Pandemie am stärksten betroffenen Branchen arbeiten, war die Angst vor oder der Verlust der Beschäftigung ständig präsent und hat die Familiensysteme zusätzlich belastet.

Fehlende technische Voraussetzungen und Geräte sowie die verdichteten Wohnverhältnisse stellten die Schüler*innen in den Unterkünften beim Homeschooling vor sehr große Probleme. Die Schüler*innen mussten dem Unterricht folgen während im Hintergrund alle Familienmitglieder im gleichen Zimmer anwesend waren. Ruhige Lern- und Ruheräume standen in den Unterkünften überwiegend nicht zur Verfügung oder wurden als Quarantänezimmer genutzt.

Im dritten Lockdown, so berichteten Lehrkräfte, war eine deutliche Onlineunterrichtsmüdigkeit zu beobachten. Trotz hoher Anstrengungen von Lehrkräften und der Schulsozialarbeit konnten nicht mehr alle Kinder und Jugendlichen für den Unterricht motiviert werden. Nachhilfe und Unterstützungsstrukturen sowie gewohnte Betreuungssettings waren größtenteils weggebrochen oder auch auf Onlineangebote umgestellt worden. Zum Teil fehlte es sowohl den Jugendlichen, dem Betreuungspersonal sowie den oft älteren Ehrenamtlichen an der notwendigen Medienkompetenz. Der Distanzunterricht mit dem Fehlen persönlicher Kontakte führte bei vielen Kindern und Jugendlichen insgesamt zu einem Bildungsrückschritt und einem Verlust der Deutschsprachkompetenz. Im Übergang Schule und Beruf ist es seit Beginn der Pandemie sehr viel schwieriger geworden, eine Ausbildungsstelle zu finden, da die Betriebe weniger Praktikumsstellen angeboten hatten. Obwohl sich aktuell der Ausbildungsmarkt wieder erholt, ist zu befürchten, dass viele Geflüchteten die notwendige Ausbildungsreife bis zum Herbst nicht mehr erreichen und berufliche Ziele zurückstellen müssen. Es wird davon ausgegangen, dass einige Schüler*innen noch ein zusätzliches Jahr an den Schulstandorten verbleiben oder Brückenmaßnahmen

besuchen werden. Die Schwierigkeit, Praktika zu finden und die Zunahme von Onlinebewerbungen könnten zudem zu gewissen Verdrängungstendenzen von Jugendlichen mit Fluchthintergrund zugunsten von Jugendlichen mit höheren Bildungsabschlüssen führen.

Gerade für Jugendliche mit offener Bleibeperspektive ist Bildungserfolg und ein erfolgreicher Ausbildungsabschluss mit der Chance einer Aufenthaltssicherung verknüpft. Die durch die Pandemie entstandenen Rückschritte im Bildungsverlauf mindern die Chancen auf die Aufenthaltsverfestigung durch Ausbildung. Die Angst vor Abschiebung und ein zunehmendes Gefühl allgemeiner Verunsicherung erhöhen den psychischen Druck auf die Jugendlichen. Eingeschränkte Behördenzugänge haben zudem Antragsstellungsverfahren z. B. auf Beschäftigungserlaubnisse, Verlängerung von Aufenthaltspapieren sowie für die Aufnahme in Bildungsmaßnahmen verzögert. Auch notwendige Beratungsangebote (rechtliche Beratung, Beratung zu Bildung und Beschäftigung, Beratung zur Alltagsbewältigung) konnten nur in eingeschränktem Umfang wahrgenommen werden, da die Einrichtungen ebenfalls die Präsenzberatung eingestellt hatten. Gerade für Jugendliche mit Migrations- und Fluchterfahrung der ersten Generation besitzt Beratung außerhalb des Familienkontextes einen sehr hohen Stellenwert, gerade in Bezug auf die Kontaktaufnahme mit Behörden und Institutionen. Hier benötigen die Jugendlichen oft eine fachkundige Unterstützung.

Die Situation hat sich mittlerweile in vielen Bereichen wieder deutlich verbessert. Die Betreuungs- und Unterstützungsangebote für Kinder sind zumindest in den städtischen Unterkünften relativ schnell wieder angelaufen. Zivilgesellschaftliche Netzwerke haben Informationen zu Bildungs- und Unterstützungsangeboten für Kinder und Jugendlichen in den Unterkünften zusammengestellt und verteilt. Es hat eine „Digitalisierungsoffensive“ stattgefunden. In nahezu allen städtischen Gemeinschaftsunterkünften ist mittlerweile ein stabiles W-LAN verfügbar. Die Schulen haben digitale Endgeräte für Schüler*innen zur Verfügung gestellt. Es gibt Zuschüsse für den Kauf von Endgeräten über die Stadt und die Jobcenter. NGOs und freie Träger sammeln und upcyclen gebrauchte Tablets und Laptops, um sie an unversorgte Jugendliche und Erwachsene zu verteilen. Mehr und mehr Bildungsträger und NGOs bieten Fortbildungen in Mediennutzung für Jugendliche, Betreuungskräfte und Ehrenamtliche an. Die Medienkompetenz hat sich bei allen Akteur*innen deutlich verbessert.

Dass viele junge Geflüchtete den Weg nach Europa trotz immenser Risiken geschafft haben und auch in Deutschland hohe „Integrationsleistungen“ erbracht haben, zeugt von hohem Durchhaltevermögen, physischer Stärke und Leistungsbereitschaft. Viele schutzsuchende Jugendliche und Kinder gelten als wahre Überlebenswunder. Sie wollen sich auch jetzt nicht von der Coronapandemie in die Knie zwingen lassen, obgleich viele ihre Pläne und Ziele verändern oder nach hinten schieben mussten. Verwaltung und Zivilgesellschaft arbeiten Hand in Hand, um den Kindern und Jugendlichen in den Gemeinschaftsunterkünften die erforderlichen Unterstützungsstrukturen zu gewährleisten, damit sie den Anschluss an das Bildungssystem nicht völlig verlieren.

Die Prognosen für den Herbst stimmen alles andere als zuversichtlich. Deshalb müssen jetzt Vorbereitungen für einen evtl. neuen Lockdown getroffen werden.

- Die Digitalisierung muss weiter vorangetrieben werden und für alle gesellschaftlichen Gruppen zugänglich sein.
- Sparmaßnahmen im Bereich Bildung rechnen sich nicht. Personengruppen mit ungleichen Bildungs- und Teilhabevoraussetzungen benötigen zielgerichtete, individuelle Unterstützung, damit sie weiterhin mithalten können. Es müssen alle Möglichkeiten genutzt werden, Jugendlichen und Kindern Angebote zu machen, damit sie nicht zu Bildungsverlierern werden. Dabei spielen besonders die professionellen Unterstützungsstrukturen eine zentrale Rolle, auch wenn diese weiterhin einigen Einschränkungen unterliegen werden. Diese Unterstützung ist in einer Zeit, in der sich Ausbildungs- und Arbeitsmarkt stark verändert und ehrenamtliche Unterstützungsstrukturen aufgrund der Kontakteinschränkungen teilweise wegfallen, umso wichtiger.
- Der Umgang mit der Pandemie sollte als Chance für grundsätzliche Veränderungen gesehen werden. Das Thema „Sammelunterbringung“ muss neu gedacht werden. Lernräume mit EDV- Ausstattung dürfen in keiner Sammelunterkunft mehr fehlen. Die Ausstattung aller Schüler*innen mit passenden digitalen Endgeräten muss weiterhin sichergestellt werden. In den Unterkünften müssen die Kinder- und Jugendlichen über die Krankheit COVID-19, zum Thema Impfung, über mögliche Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie über ihre Bildungsmöglichkeiten in Zeiten der Pandemie umfassend aufgeklärt und beraten werden. Dafür bedarf es einer strukturierten und kontinuierlichen Kommunikation unter Hinzuziehung von muttersprachlichen (Betreuungs-)Kräften. Eine ausreichende gesundheits- und psychosoziale Betreuung muss in den Unterkünften vorhanden sein. Für besonders vulnerable Gruppen, zu denen auch Kinder und Jugendliche zählen, müssen entsprechende Schutzkonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Insgesamt wäre eine entzernte Wohn- und Lebenssituation für alle Menschen in institutionalisierten Unterbringungsformen und Sammelunterkünften notwendig.

Herr Pechhacker

Münchener Trichter - Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e. V.

Vielen Dank für die Einblicke, die wir von den jugendlichen und erwachsenen Expert*innen bekommen haben und die damit verbundene Schadensbilanz. Vielleicht ist es auch nur eine Zwischenbilanz, die wir heute gehört haben. Es erschüttert mich persönlich sehr, macht mich auch sehr betroffen und manchmal frage ich mich, warum wir nicht intensiver und mehr in den letzten 16 Monaten gegengesteuert haben.

Wir, d. h. Vertreter*innen der öffentlichen und freien Jugendhilfe aus den Facharbeitskreisen gemäß § 78 SGB VIII, haben uns ab dem Sommer 2020 regelmäßig, zum Teil wöchentlich getroffen und versucht die Folgen von Corona bzw. den Schutzmaßnahmen dazu richtig einzuschätzen und wenn möglich die Wege aus diesen neuartigen Problemstellungen zu finden.

Vieles von dem, was wir heute als Ergebnis gehört haben, haben wir schon zu einem viel früheren Zeitpunkt diskutiert. Wir Fachkräfte hatten das Gefühl, aus dem Bereich der Jugendhilfe nicht mehr Gehör und nicht mehr Unterstützung zu bekommen. Die kommunale Selbstverwaltung, der Kinderschutz und das damit verbundene Wächteramt, das das Jugendamt

hat, haben wir nur ganz, ganz schwer gegen die Regeln, gegen die Gesetzgebung des Bundes und unseres Landes ins Feld führen können.

Wir hatten zwar den Münchner Weg, das Sozialreferat hat viel möglich gemacht hat und hat mit den Handlungsempfehlungen sicher mehr möglich gemacht als andere Kommunen.

Doch trotzdem müssen wir doch konstatieren, dass wir eigentlich als Kommune am allernächsten dran sind - an den Kindern und Jugendlichen mit unseren Angeboten, mit den Schulen, mit den Diensten der Jugendhilfe.

Es hätte viel früher gehandelt werden müssen und den Bedürfnissen der jungen Menschen mehr Gehör verschafft werden müssen. Eigentlich hätten wir unsere Einschätzungen noch viel lauter zu denjenigen transportieren müssen, die die gesamten Einschränkungen in der Corona Pandemie, also die Kontaktbegrenzungen usw. zu verantworten haben.

Eine Lobby für Kinder und Jugendliche zu sein, das hätten wir noch stärker sein können und nicht nur jammern können, dass es sozusagen die Hygienemaßnahmenschutzverordnung nicht in eindeutig im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gilt.

Was lernen wir daraus?

Die kommunale Selbstverwaltung bedeutet jetzt, dass wir uns für die Kinder- und Jugendhilfe noch mehr einsetzen müssen. Dafür, was Kinder und Jugendliche in ihrem Nahraum, in ihrem Umfeld erleben und es geht vielleicht auch tatsächlich darum, was sie nachholen wollen, gerade wenn wir die psychischen Belastungen sehen. Es ist wichtig, sich wieder entspannen und erholen zu können und in die Gesellschaft zurückkehren zu können.

Und für mich sind die wesentlichen Punkte für die Zukunft ganz basal.

Was Kinder und Jugendliche brauchen, ist sozialer Kontakt, Selbstwirksamkeit und Autonomie.

Und wir sollten unser Handeln auf der kommunalen Ebene darauf abzielen, dass wir das fördern und dass wir da ganz viel in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren für Kinder und Jugendliche möglich machen.